

## **Die Verhandlungen zwischen der EU und dem Mercosur** Deutsche Positionen

Arbeit zum Hauptseminar: **Verhandlungssimulation im Rahmen des Leuchtturm-Projektes**  
**Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Mercosur**

Semester: Wintersemester 1997

Leitung (Politik): Prof. Dr. Wolfgang Wessels

Vorgelegt von: **Benedikt Kriele**  
Hohenstaufenring 60  
50674 Köln  
Tel.: 0221/2405248

Studiengang: Regionalwissenschaften Lateinamerika, 9. Fachsemester

Angestrebte Scheinart: Hauptseminarschein

Köln, den 10.2.1997

# Inhalt

<b>I. EINLEITUNG .....</b>	<b>2</b>
<b>II. FAKTOREN DER ENTSCHEIDUNGSFINDUNG DEUTSCHLANDS.....</b>	<b>3</b>
<b>II.A. Das Rahmenabkommen zwischen dem Mercosur und der EU .....</b>	<b>3</b>
<b>II.B. Interessen als Handelsmacht .....</b>	<b>4</b>
II.B.1. Politik als Handelsstaat .....	4
II.B.2. Die Theorie des Freihandels .....	5
<b>II.C. Interessen als Zivilmacht .....</b>	<b>6</b>
<b>III. DIE POSITIONEN DEUTSCHLANDS IN DEN VERHANDLUNGEN .....</b>	<b>8</b>
<b>III.A. Wirtschaftliche Interessen .....</b>	<b>8</b>
III.A.1. Handel .....	8
III.A.2. Investitionen .....	14
III.A.3. Technische Standards .....	15
<b>III.B. Politische Interessen .....</b>	<b>16</b>
III.B.1. Einbeziehung der USA .....	16
III.B.2. Politischer Dialog .....	17
III.B.3. Institutioneller Rahmen .....	18
<b>IV. FAZIT .....</b>	<b>19</b>
<b>V. LITERATUR .....</b>	<b>21</b>

## I. Einleitung

Im Dezember 95 wurde zwischen der EU und dem Mercosur ein Rahmenvertrag abgeschlossen, der die Grundlage für den zukünftigen Dialog der Gemeinschaft mit dem Mercosur sowohl im Politischen als auch im Wirtschaftlichen bildet. Den Dialog zu führen und gemäß den Interessen der beteiligten Akteure voranzubringen, stellt sich den Teilnehmern des Seminars als Aufgabe.

Der Verfasser war bemüht, die im Seminar gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse in der Arbeit zu berücksichtigen. Zu diesen gehört:

- Die Definition eines nationalen Interesses ist in der Literatur umstritten.
- Politik muß sich an langfristigen Zielen orientieren, ist jedoch von kurz- und mittelfristigen Entwicklungen abhängig.<sup>1</sup>
- Die Entscheidungsfindung der Verhandlungsführer ist nicht objektiven Kriterien unterworfen und kann daher höchstens vermutet werden.

In bezug auf die Literaturlage ist festzustellen, daß eine wissenschaftlich fundierte Konzeption für eine Handlungsstrategie gegenüber dem Mercosur aus deutscher Perspektive gänzlich fehlt. Um möglichst viele Interessen zu berücksichtigen, wurden politische Äußerungen in der Argumentation verwendet.<sup>2</sup> Die Thematik ist vielschichtig und reicht in der wissenschaftlichen Lateinamerikalliteratur von dem „wishful thinking“ einiger deutscher Lateinamerikawissenschaftler<sup>3</sup> über ähnlich unrealistische Vorstellungen seitens der Kommission hin zu rein ökonomischen Marktanalysen. Das Material wurde weitgehend unkritisch übernommen.

Diese Sachlage ermöglicht es dem Verfasser, seine eigenen Ideen und Konzeptionen in diese Arbeit einfließen zu lassen und durch stark selektive Auswahl der Diskussionsbeiträge zu belegen. Er sieht sich weder den Zwängen der Politiker, die einen konkreten Auftrag zur Interessenvertretung wahrzunehmen haben, noch den Pflichten der Wissenschaftler zur größtmöglichen Annäherung an die Realität verpflichtet.

---

<sup>1</sup> Beispielsweise hat das Scheitern von US-Präsident Clinton, Verhandlungen mit dem Mercosur im „fast track“-Verfahren zu führen, direkte Konsequenzen auf die Verhandlungslage und -strategie der EU genommen.

<sup>2</sup> Zitiert werden u.a. Roman Herzog, Klaus Kinkel, Günter Rexrodt, Manuel Marín als politische Vertreter und Hans-Olaf Henkel (BDI) sowie Gerd Sonnleitner (DBV).

<sup>3</sup> „Wir Lateinamerikanisten müssen mehr als je zuvor von den herkömmlichen und in ihrer Perspektive reduzierten Behandlungen des bilateralen Profils Deutschland - Lateinamerika, erweitert allenfalls noch im einige Hinweise auf Brüssel oder die Rolle der USA, wegkommen.“ Mols 1994, S. 410.

In Kapitel II wurde versucht, bestimmende Faktoren für eine Entscheidungsfindung zu begründen. Die deutschen Forderungen begründen sich im wesentlichen aus der Stellung Deutschlands als Handels- und Zivilmacht. Sie reflektieren keine realistische, sondern eine neutrale Perspektive. Dies geht aus Kapitel III hervor. Der Verfasser behält sich schließlich vor, seine Forderungen je nach Gegenstand an die Gemeinschaft oder die Mercosur zu richten.

## **II. Faktoren der Entscheidungsfindung Deutschlands**

### ***II.A. Das Rahmenabkommen zwischen dem Mercosur und der EU***

Mit dem Ende des „kalten Krieges“ und dem Wegfall einer durch die gegenseitige Bedrohung stabilen bipolaren Weltordnung stellen sich neue Herausforderungen an die internationale Politik. Länder können nicht mehr, wie noch in den 80er Jahren, in das politische Schema „erste, zweite, dritte Welt“ eingeordnet werden. Statt dessen spielt die Neuordnung des internationalen Systems im Sinne der Bildung großer, geopolitisch zusammengehaltener Blöcke eine wichtigere Rolle.<sup>4</sup> Diese Blöcke bilden einen neuen Beziehungsrahmen mit weitreichenden Auswirkungen und neuen Möglichkeiten für eine neue Ordnung, in dem zwischen den Akteuren eine wechselseitige Zuordnung gefunden werden muß.

Die rechtliche Basis für die Erweiterung und Vertiefung der Beziehungen zwischen der EU und dem Mercosur wurde im Dezember 1995 mit der Unterzeichnung eines Rahmenabkommens festgelegt. Es spiegelt das neue Interesse aneinander wieder und berücksichtigt mit dem Ziel der Assoziation des Mercosur neben ökonomischen auch und vor allem politische Aspekte.<sup>5</sup> Die gemeinsamen Übereinkünfte haben starken Übergangscharakter und bedürfen der weiteren Ausgestaltung.<sup>6</sup>

Politisch sehen sich beide Regionen ähnlichen Herausforderung gegenüber: sie stehen vor dem Problem, Erweiterung mit Vertiefung verbinden zu müssen, beide müssen ihre Außenbeziehungen (besonders mit Blick auf die USA) neu definieren, schließlich nehmen beide Gruppen an den Verhandlungen der WTO teil.<sup>7</sup> Die politischen Interessen werden von nationaler

---

<sup>4</sup> Die Blockbildungsüberlegungen werden jedoch durch interne Ungewißheiten und Belastungen, die sowohl in der EU als auch in der NAFTA oder der APEC aufgetreten sind, relativiert. Vgl. Mols 1996, S. 13.

<sup>5</sup> Das neue Interesse der EU an Lateinamerika insgesamt entwickelte sich in den 80er Jahren einerseits durch den Beitritt Spaniens und Portugals in die Union, andererseits durch gemeinsame Standpunkte Europas im Dialog mit Zentralamerika. Vgl.: Aldecoa Luzarraga 1995, S. 766.

<sup>6</sup> Dromi/Pozo 1996, S. 28.

<sup>7</sup> IRELA 1997, S. 34.

Seite noch einmal anders gewichtet, nicht zuletzt auch deshalb, um nationale Konzeptionen in die Gemeinschaftsorganen einzubringen und weitest möglich umsetzen zu können. Auch die ökonomischen Interessen müssen zunächst auf nationaler Ebene definiert werden, um eine Position in Verhandlungen einnehmen zu können.

## **II.B. Interessen als Handelsmacht**

### **II.B.1. Politik als Handelsstaat<sup>8</sup>**

Die Bundesrepublik ist im internationalen Vergleich eine außergewöhnlich starke Handelsnation. Sie ist daher im besonderen Maße exportabhängig und auf die Sicherung und Erweiterung von Märkten für Exporte und Investitionen angewiesen.<sup>9</sup> Deutlich zu erwartende Steigerungsraten des Exportvolumens verdeutlichen, daß sich die Exportwirtschaft den globalen Bedingungen angepaßt hat und für den internationalen Wettbewerb gerüstet ist.<sup>10</sup>

Deutschland ist aber, was das Protektionsniveau im tarifären Bereich angeht, auf Entscheidungen der Gemeinschaft angewiesen und kann nicht mehr autonom handeln.<sup>11</sup> Mit der Vollendung der Zollunion am 30. Juli 1968 ist nämlich die Kompetenz im Außenhandel mit gewerblichen Waren von den Mitgliedsländern auf die EU übergegangen. Seit dem 1. Januar 1970 besteht die Zollunion auch für den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Besonders in diesem Bereich wird Protektionismus betrieben. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) Europas wird angesichts der Erweiterung um die Mittel- und Osteuropäischen Länder (MOEL) jedoch reformiert werden müssen. Dank dieser Sachlage wird es der Bundesrepublik auch im Rahmen der Verhandlungen mit dem Mercosur möglich, ihre Konzeption der Reformmaßnahmen verstärkt einzubringen.<sup>12</sup> Deutschlands Konzeption besteht darin, eine echte Liberalisierung der Handelsbeziehungen zu unterstützen und diese nicht auf gewerbliche Güter zu beschränken.

---

<sup>8</sup> Das generelle Interesse Deutschlands als Handelsmacht an Lateinamerika insgesamt und besonders am Mercosur wird bei Krumwiede/Nolte 1994 deutlich herausarbeitet und hier nicht grundsätzlich in Frage gestellt.

<sup>9</sup> Anfang der 90er Jahre lag der Wert deutscher Exporte ebenso hoch wie derjenige der USA mit viermal so großen BIP und einer viermal so großen Bevölkerung. In relativen Zahlen ergibt sich der Anteil des Exports am BIP bei 32%, was besagt, daß in Deutschland jede dritte Mark mit dem Export verdient wird. Diese Vergleichswerte beziehen sich auf Angaben bei Krumwiede/Nolte 1994b, S. 15f.

<sup>10</sup> Während die Ausfuhren in Deutschlands 1996 um 4,5% gestiegen sind, wird 1997 mit einem weiteren Anstieg um 10,5% gerechnet und für 1998 eine weitere Steigerung um 9,25% prognostiziert. Daten aus: Sachverständigenrat 1997.

<sup>11</sup> Laut Schäfer 1994a, S. 342 ist bei nicht-tarifären Hemmnissen hingegen noch von einem unterschiedlichen Protektionsniveau auszugehen.

<sup>12</sup> Der Verfasser geht davon aus, daß die relative Handlungsunfähigkeit des politischen Systems in Deutschland (vgl.: Leicht 1997, S. 4) die deutsche Politik dazu veranlaßt, sich auf europäischer Ebene zu profilieren.

## II.B.2. Die Theorie des Freihandels

Als Handelsmacht ist die Bundesrepublik daran interessiert, möglichst alle Handelsschranken so weit wie möglich zu senken. Dies ergibt sich aus der Theorie des Freihandels.

Stark vereinfacht dargestellt ist nach der Theorie des Freihandels der Außenhandel mit einer Produktionstechnik vergleichbar. Importgüter werden indirekt „produziert“, indem man zunächst Exportgüter herstellt und diese dann gegen die gewünschten Importgüter eintauscht. Dieses Modell gründet auf dem Nutzen, den die Wirtschaftssubjekte verschiedener Volkswirtschaften aus dem System der Arbeitsteilung ziehen. Der direkte Nutzengewinn liegt in der eingesparten Differenz zwischen den relativen Preisen auf den Außenmärkten und den heimischen Opportunitätskosten.<sup>13</sup>

Die Theorie des Freihandels geht davon aus, daß von einer Senkung der Handelsbarrieren alle Staaten profitieren. Hierfür werden komparative Kostenvorteile verantwortlich gemacht. Kostenunterschiede können durch unterschiedliches Lohnniveau hervorgerufen werden, aber auch auf technologische Kompetenz, Ressourcenreichtum oder den Ausbildungsstand oder andere Ursachen zurückzuführen sein. Ein Land kann dann von Handel profitieren, wenn das Austauschverhältnis zweier Güter zueinander von dem Austauschverhältnis dieser Güter in einem anderen Land abweicht. Auch bei absolut niedrigerer Produktivität kann durch ein günstigeres Austauschverhältnis die Wohlfahrt eines Landes durch Handel gesteigert werden. Da wirtschaftliches Handeln durch die Allokation von Produktionsfaktoren am jeweils kostengünstigsten Standort optimiert wird, bewirken die Kräfte des Marktes in jedem Land eine Spezialisierung zu dem Gut hin, bei dem es komparativ zum anderen Produkt einen relativen Kostenvorteil besitzt.<sup>14</sup>

Daneben wird durch Freihandel eine Erweiterung des Binnenmarktes erreicht. Ein mehr an Abnehmern erlaubt die Produktion höherer Stückzahlen. Diese macht zum einen investitionsintensive Fertigung wirtschaftlicher und senkt das Preisniveau, da die Produktionskosten pro Einheit abnehmen und die Gewinnmarge pro Einheit weniger relevant ist als bei kleineren Stückzahlen (economy of scale-Effekt). Weitere Vorteile sind durch stärkeren Wettbewerb zu erwarten, durch den Ineffizienz reduziert und Spezialisierung gesteigert wird. Daneben werden Technologieentwicklung und Produktionstätigkeit insgesamt stimuliert sowie

---

<sup>13</sup> Krugman 1997, S. 115, verweist für diesen Vergleich auf die Begründer der Freihandelstheorie James Mill und Ricardo.

<sup>14</sup> Rose 1995, S. 353-359.

unproduktive Transaktionskosten gesenkt. Letztlich führen diese Effekte auch zu einer Steigerung der Konkurrenzfähigkeit der Produkte der Mitgliedsländer auf dem Weltmarkt.<sup>15</sup>

### ***II.C. Interessen als Zivilmacht***

Oberstes Anliegen einer deutschen Außenpolitik ist die Sicherung und Wohlfahrt der deutschen Interessen. Elementar für sie ist das Wohlergehen der deutschen Bevölkerung sowie die Erhaltung und Förderung ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebensgrundlagen.<sup>16</sup> Lange Zeit bestand die Grundlage für die Erreichung dieses Ziels in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit dem Primat der Westbindung zum Schutz der territorialen Unversehrtheit.<sup>17</sup> Seit dem Wegfall des Ost-West-Konflikts ist Deutschland keiner direkten militärischen Bedrohung mehr ausgesetzt gewesen.<sup>18</sup>

Daher ist es Deutschland möglich, dem Denken in zivilen Kategorien mehr Raum zu geben. Denn nach der Theorie der Zivilmacht kann Sicherheit auch im Sinne einer „Weltinnenpolitik“ gewährleistet werden.

Zivilmacht zielt auf die Transformation der internationalen Beziehungen im Sinne ihrer Zivilisierung.<sup>19</sup> Dies bedeutet vor allem eine zunehmende Verrechtlichung und Verregelung der Konfliktaustragung in internationalen Beziehungen, ein Einhegen der Gewaltanwendung, die Entwicklung von Mechanismen zur Entwicklung, Legitimierung und Durchsetzung allgemeiner Normen sowie die Etablierung von marktwirtschaftlichen Regeln. Die Zivilmacht sucht keine autonomen militärischen Handlungsoptionen. Zur Durchsetzung gemeinschaftlicher Interessen bemüht sie sich aber gegebenenfalls um ihre Legitimierung durch die internationale Staatengemeinschaft in Form von internationalen Polizeimaßnahmen.

Solchen Maßnahmen der internationalen Staatengemeinschaft wird auch im Weißbuch zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik Rechnung getragen. Diesem zufolge wird die deutsche

---

<sup>15</sup> Diese Effekte werden dynamische Integrationseffekte genannt, ihnen wird wegen der besonderen Nachhaltigkeit der Entwicklung eine größere Bedeutung zugeschrieben. Birnstiel 1982, S. 188f.

<sup>16</sup> Hacke 1997, S. 6 nennt in diesem Zusammenhang Außenpolitik die „Fortsetzung der Innenpolitik mit anderen Mitteln und unter anderen Bedingungen“.

<sup>17</sup> Der Mercosur stellt im militärischen Sinne selbst im Konfliktfall keine besondere Bedrohung für Deutschland dar. Auch können Krisen und Konflikte in dieser Region die Stabilität Deutschlands oder seiner Verbündeten nicht gefährden. Hier erfolgt bewußt eine Eingrenzung auf die Mercosur-Staaten. Krisen in Zentralamerika (Nikaragua) oder der Karibik (Kuba, Haiti) können hingegen mit direkten Konsequenzen für den Hauptverbündeten USA beispielsweise in Form von Migrationsbewegungen nach sich ziehen. Daher ist zumindest dort eine Abstimmung mit den Bündnispartnern notwendig, die den Handlungsspielraum Deutschlands beschränken kann. Vgl.: Krumwiede/Nolte 1994a, S. 3f.

<sup>18</sup> Vgl. Hacke 1997, S. 6.

Politik von fünf zentralen Interessen geleitet. Zunächst wird die Unversehrtheit des Staatsgebietes und die Bewahrung von Freiheit, Sicherheit und Wohlfahrt der Bürger, dann die europäische Integration und danach das transatlantische Bündnis als Wertegemeinschaft mit den Vereinigten Staaten als Weltmacht genannt. Es folgen eine „Heranführung der östlichen Nachbarstaaten an westliche Strukturen“ und zuletzt „die weltweite Achtung des Völkerrechts und der Menschenrechte und eine auf marktwirtschaftlichen Regeln basierende gerechte Weltwirtschaftsordnung“.<sup>20</sup>

Seit dem Wegfall des Ost-West-Konflikts befindet sich die internationale Politik in einer Phase des Umbruchs und der Neustrukturierung. Soziale, ökologische und kulturelle Ungleichgewichte erscheinen als zusätzliche Sicherheitsrisiken, die den militärischen an Gefährlichkeit langfristig kaum nachstehen.<sup>21</sup> Viele dieser Probleme sind nur auf globaler Ebene zu bekämpfen.<sup>22</sup> In der Zeit der „Neubestimmung der Spielregeln“ (Krumwiede/Nolte 1994: 28) in der internationaler Politik sind die in den politischen Eliten der verschiedenen Länder dominierenden Wertvorstellungen von Relevanz. Hier muß Deutschland klare Positionen vertreten.

Innerhalb Europas hat Deutschland als größter Handelsstaat auch das größte Interesse an einer Handlungsstrategie im Sinne der Zivilmacht. Als Geber humanitärer Hilfe, als Steller von Personal für Friedensmissionen und vor allem als drittgrößter Beitragszahler bei den Vereinten Nationen (VN) wird Deutschland immer stärker in inner- und zwischenstaatliche Konflikte in fernliegenden Regionen einbezogen. Deutschland strebt daher einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat an.<sup>23</sup> Ein klares Eintreten Deutschlands für friedliche Regulierung von Konflikten und der Verankerung pluralistischer, rechtsstaatlicher und sozialer Demokratie ergibt sich nicht nur aus seiner historischen Verantwortung, sondern stärkt zudem Deutschlands Image,<sup>24</sup> das zuletzt durch die Ereignissen von Mölln und Rostock Einbußen erlitten hatte.<sup>25</sup> Nicht zuletzt präferiert die deutsche Bevölkerung diese Politik.<sup>26</sup>

---

<sup>19</sup> Definition der Zivilmacht nach Maull 1993, S. 934.

<sup>20</sup> Bundesministerium der Verteidigung 1994, S. 42.

<sup>21</sup> Herzog 1995, S. 161.

<sup>22</sup> Diese unbestreitbare Tatsache wird besonders von Deutschland so gesehen: „Verantwortungspolitik [ist] keine Utopie, sondern die einzig mögliche Realitatspolitik unserer Zeit.“ Kinkel (1997) vor der 52. Generalversammlung der VN.

<sup>23</sup> Auswärtiges Amt 1998a.

<sup>24</sup> Krumwiede/Nolte 1994, S. 18

<sup>25</sup> Die die fremdenfeindlichen Anschläge haben starke Popularitatseinbuen in Teilen der lateinamerikanische Öffentlichkeit nach sich gezogen. Werz 1995, S. 66.

<sup>26</sup> Bei einer Umfrage aus dem Jahre 1991 sprachen sich 59% der Befragten, im humanitären Bereich sogar 88%, für ein größeres nationales Engagement aus. Als außenpolitische Ziele wurden u.a. die Verbesserung der

Es kann deshalb zusammengefaßt werden, daß die Sicherung und Wohlfahrt der Interessen sich in einer immer vernetzteren Weltwirtschaft nicht primär auf dem Wege der Verteidigung, sondern vor allem auch auf dem Wege der Artikulation, Vertretung und Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Interessen erreicht werden muß. Die neue Dynamik im internationalen System erlaubt ein politisches Umdenken, das eine positive Herangehensweise gestattet. In diesem spielt die Ausschöpfung bestehender Chancen eine wichtige Rolle. Die Verhandlungen zwischen der EU und dem Mercosur stellen für Deutschland eine Chance dar, um seinen Interessen als Handelsstaat und Zivilmacht gerecht zu werden. Deutschland findet im Mercosur Partner, die gleiche Wertvorstellungen vertreten und im Sinne der Verrechtlichung internationaler Beziehungen ihren Beitrag leisten können. Diese Chancen müssen bei den Verhandlungen zwischen der EU und dem Mercosur von Deutschland gebührend berücksichtigt werden.

### **III. Die Positionen Deutschlands in den Verhandlungen**

#### ***III.A. Wirtschaftliche Interessen***<sup>27</sup>

##### III.A.1. Handel

Deutschland hat sich vielerorts zum Freihandel bekannt. Roman Herzog hat ihn in einer Rede vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik am 13. März 1995 als besonderes nationales Interesse hervorgehoben.<sup>28</sup> Auch Bundesminister Rexrodt äußerte sich in seiner Rede anlässlich der Eröffnung der Lateinamerika-Konferenz der Deutschen Wirtschaft am 5. November 1997 in Lima, Peru, eindeutig: „Deutschland wird in der Europäischen Union darauf drängen, daß es nicht bei dem Rahmen [-abkommen, B.K.] bleibt. Nach unserem Wunsch sollen möglichst bald die Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen mit dem Mercosur beginnen.“<sup>29</sup>

---

Lebensbedingunge in der Dritten Welt (50%), die weltweite Verbesserung der Umweltbedingungen (77%) und die Förderung und Verteidigung der Menschenrechte in anderen Staaten (51%) genannt. Asmus 1992, S. 205-208, zitiert bei Krumwiede/Nolte (1994), S. 18.

<sup>27</sup> Der Verfasser hält die Entscheidung der Bundesregierung, sich für Anliegen der lateinamerikanischen Partner einzusetzen (ohne dabei deutsche Konzeptionen und Interessen zu vernachlässigen), für berechtigt. Vgl.: Bundesregierung 1995, S. 6f. Die folgenden Ausführungen richten sich daher wegen der Kompetenz der EU im Außenhandel auch an die Gemeinschaft.

<sup>28</sup> Herzog 1995, S. 164.

<sup>29</sup> Rexrodt 1997, Teil V.

Deutschlands Interesse deckt sich mit den Vorstellungen des Unterausschusses für Handel<sup>30</sup>, der im Mai 97 in Brüssel zusammenkam und eine Agenda für die Errichtung einer Freihandelszone ausgearbeitet hat. Danach sollte die Umsetzung bis zu Jahre 2005 möglich sein. Diese Agenda wurde am 1. Juli von der Kommission ausdrücklich angenommen und bestätigt.<sup>31</sup>

#### a) Beziehungen zwischen der EU und dem Mercosur

Der relative Anteil an den Handelsströmen zwischen Europa und dem Mercosur macht starke Unterschiede in der wechselseitigen Bedeutung als Handelspartner sichtbar. Der Mercosur führte 1994 27,9% seiner Produkte in die EU aus (im Verhältnis: Exporte in die USA 16,6%, Rest Lateinamerika 28,2%) und bezog 27,1% seiner Produkte von dort (23,4 bzw. 22,2%).<sup>32</sup> Europa hat damit ein wesentliches Gewicht als Abnehmer. Der Wert der Exporte aus dem Mercosur wird bei der EU auf der Importseite vermerkt, wo der Mercosur-Export mit dem vergleichsweise geringen Anteil von 2,9% der Extra-EU-Einfuhren zu Buche schlägt. Die Exporte der EU in den Mercosur belaufen sich mittlerweile auf 3%.<sup>33</sup> Dabei ist zu anmerken, daß der Mercosur am gesamten Lateinamerikahandel der EU 1994 mit 53,2% der EU-Importe und 44,8% der EU-Exporte beteiligt ist.<sup>34</sup>

Der Mercosur ist mit 190 Mio. Einwohnern - somit 45% der Bevölkerung Lateinamerikas - und etwa 50% des BSP der Region der größte Markt Lateinamerikas. Mit einem BIP von 840 Mrd. US\$ steht er weltweit an dritter Stelle der Wirtschaftsblöcke nach der EU und NAFTA. Trotz der immensen Armut in großen Teilen der Bevölkerung ist die innere Kaufkraft des Mercosur größer als die von China und Indien zusammengenommen.<sup>35</sup> Allerdings ist der Mercosur noch nicht so exportorientiert wie die asiatischen Staaten, die einen deutlich höheren Anteil am Welthandel aufweisen.<sup>36</sup> Dies bedeutet wiederum, daß noch erhebliche Handelsreserven für den Mercosur bestehen. Schon in den letzten Jahren hat sich der Handel innerhalb des Mercosur wie auch der

---

<sup>30</sup> Art. 29 des Rahmenabkommens.

<sup>31</sup> IRELA 1997, S. 39.

<sup>32</sup> IRELA 1996, S. 90.

<sup>33</sup> Statistisches Bundesamt 1997, S. 92f.

Der deutsche Anteil deutschen) Extra-EU-Exporte in den Mercosur 1995 3% (4,0%), der Importanteil belief sich auf 2,9% (2,3%).

<sup>34</sup> IRELA 1996, S. 81.

<sup>35</sup> Schätzungsweise 23,4 Mio. Einwohner des Mercosur verfügen über eine Kaufkraft, die dem spanischen Durchschnitt (BSP pro Kopf) als Vergleichsgröße entspricht. Vgl. Latin American Special Report, SR-95-02, April 1995, S. 11 (zitiert bei Schirm 1997, S. 79, Fußnote 149).

<sup>36</sup> Auswärtiges Amt 1997.

Handel mit den Nachbarstaaten mehr als verdoppelt, ein deutliches Zeichen für die Dynamik der gesamten Region.<sup>37</sup>

Die eingangs festgestellten Unterschiede in der gegenseitigen Bedeutung der Märkte hat zur Konsequenz, daß die Forderung der Mercosur-Staaten nach einem Abbau des Protektionismus in dem für sie bedeutsamen Agrarsektor<sup>38</sup> deutlicher formuliert wird als der europäische Wunsch nach einer Reduktion der Handelshemmnisse in den für Europa bedeutsamen Industriesektoren. Die europäischen Exporte in die Mercosur-Staaten konnten seit 1991 fast verdreifacht werden, hingegen importierte die EU 1996 kaum mehr Waren aus dem Mercosur als 1991. Die Klagen der Lateinamerikaner bezüglich der „Festung Europa“ sind daher durchaus berechtigt.<sup>39</sup>

Eine Liberalisierung der Handelsbeziehungen ist zwar für Europa wegen der gewaltigen Partizipationsmöglichkeiten an dem Wachstumsmarkt Mercosur besonders reizvoll, die Liberalisierungsinteressen der Industrie stoßen jedoch bisher noch auf den Widerstand der Protektionismusinteressen der Agrarwirtschaft, wie im folgenden gezeigt werden soll.

#### b) Reform der GAP

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU beansprucht mit einem Finanzvolumen von 83,5 Mrd. DM rund die Hälfte des gemeinschaftlichen Haushalts<sup>40</sup> und erfordert darüber hinaus einen immensen bürokratischen Aufwand. Die Interessenlage ist für Deutschland differenziert zu betrachten. Da die GAP existiert, zum Großteil aus deutschen Beiträgen finanziert wird und auf europäischer Ebene eine hohe Präferenz genießt, legitimiert sie die Vertretung der Interessen der deutschen Landwirtschaft vor allem in Konkurrenz zu den stärker landwirtschaftlich strukturierten europäischen Nationen. Außerdem muß davon ausgegangen werden, daß durch die Konzentration der Landwirtschaftsinteressen ein bedeutendes Wählerpotential mobilisiert werden kann.<sup>41</sup>

---

<sup>37</sup> Zwischen 1990 und 1994 nahm der Warenaustausch zwischen unter den vier Mitgliedsländern von 4,3 Mrd. auf über 11 Mrd. Dollar zu. Der Anteil der Exporte in die Mercosur-Nachbarländer an den gesamten Ausfuhren der Mitglieder konnte von 1990 bis 1993 von 8,9% kontinuierlich auf 18,5% ausgeweitet werden. Dies entspricht einer Steigerung von über 100% binnen drei Jahren. Schirm 1997, S. 91.

<sup>38</sup> Der Mercosur stellt beispielsweise 23% des Weltmarktangebots an Rindfleisch, dabei bleiben 90% der Produktion auf dem Heimatmarkt und die Produktionskapazitäten sind zu 30% ungenutzt. Bezogen auf die Weltproduktion: Rind 11%, Geflügel 10%, Milch 5%, Ölsaaten 30%, Wein 8%. Mercopateneriat 1998.

<sup>39</sup> Dresdner Bank Lateinamerika 1997, S. 17.

<sup>40</sup> DBV 1997, S. 138. Zum Vergleich: 61 Mrd. DM (1995), Statistisches Bundesamt 1996S. 92f.

<sup>41</sup> Der Verfasser geht hier von einem Selbstläufer-Effekt aus. In Deutschland kann die Tatsache, daß einem Wirtschaftssektor, der trotz höchster Protektion nur zu 2% zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt, ein eigenes Ministerium eingeräumt wird, als Hinweis auf die politische Bedeutung dieses Sektors gewertet werden.

Daneben steht aber die Erweiterung der EU um die Mittel- und Osteuropäischen Länder (MOEL) bevor. Bei den bestehenden Europa-Abkommen mit diesen Ländern ist der Handel mit landwirtschaftlichen Produkten noch weitgehend ausgenommen. Der Zustand wird aber auf Dauer nicht zu halten sein, so daß die Gemeinschaft zu einem Umdenken gezwungen ist und Vorschläge zur Reformen der GAP nun diskutiert werden.<sup>42</sup> Die Gemeinschaft steht vor dem Problem, daß sich eine Anhebung der Agrarpreise in den MOEL und hohe Direkttransfers an Landwirte in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht nachteilig auswirken. Außerdem werden Direktzahlungen an osteuropäische Landwirte als ungerecht empfunden: „Direktzahlungen, die als Entschädigung für Preissenkungen gedacht sind, hätten im übrigen keine Berechtigung für Landwirte in den Beitrittsländern, da hier die Preise ja steigen würden.“<sup>43</sup>

Die Ziele der zukünftigen gemeinsamen Agrarpolitik aus den Reformvorschläge der Kommission lassen erahnen, welche Interessen als politisch gerechtfertigt gelten.<sup>44</sup> Um den Schutz des Agrarsektors auch zukünftig zu legitimieren, werden verschiedene Argumente ins Feld geführt: 1.) die Gewährleistung der Lebensmittelversorgung, 2.) die Sorge um bestehende Umweltstandards<sup>45</sup> und 3.) die Sicherung stabiler Einkommen und eines angemessenen Lebensstandards für die Beschäftigten in der Landwirtschaft. Es soll nicht bezweifelt werden, daß diese Anliegen durchaus gerechtfertigt sind. Fraglich ist jedoch, ob sie nicht mit anderen Mitteln als denen der Protektion besser erreicht werden können.

1.) Eine Versorgung mit Agrargütern ist laut Artikel 39 EG-Vertrag sicherzustellen. Das Streben nach Versorgungssicherheit ist wohl das bedeutsamste Argument für eine Protektion der Landwirtschaft, da eine Minderversorgung mit Grundnahrungsmitteln eine direkte Bedrohung von Leben und Gesundheit der europäischen Bevölkerung nach sich ziehen würde. Es ist aber anzunehmen, daß eine Versorgung mit Grundnahrungsmitteln auch über eine Liberalisierung des

---

<sup>42</sup> Für eine hypothetische Ausweitung des bestehenden Systems wird in der Agenda 2000 festgestellt: „Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) in ihrer derzeitigen Gestalt auf die Beitrittsländer zu übertragen, brächte Probleme mit sich. In Anbetracht des Preisgefälles zwischen den Beitrittsländern und den im allgemeinen beträchtlich höheren GAP-Preisen würde, auch wenn sich der Abstand in einigen Bereichen bis zu den jeweiligen Beitrittsterminen etwas verringern könnte, selbst eine schrittweise Einführung von GAP-Preisen leicht Überschußproduktion hervorrufen, insbesondere bei der Viehzucht, so daß zu den zu erwartenden Überschüssen noch weitere hinzukämen. Ihre Überschüsse auf Drittlandsmärkten abzusetzen, wäre der erweiterten Union aufgrund der Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) über Exportsubventionen verwehrt.“ Kommission 1998, S. 10.

<sup>43</sup> Ebd.

<sup>44</sup> Kommission 1997c.

<sup>45</sup> Eindrucksvoll werden diese Sorgen von Gerd Sonnleitner, Präs. des Deutschen Bauernverbandes, vorgetragen: „Der Außenschutz bei Nahrungsmitteln ist trotz aller Liberalisierungsbestrebungen kein Anachronismus. Er allein ist in der Lage, unterschiedliche Sozial- und Umweltstandards über differenzierte Marktpreise zu berücksichtigen. Auch kann über den Außenschutz dafür Sorge getragen werden, daß Weltmarktschwankungen abgefedert und Verzerrungen der Weltmärkte vom EU-Markt ferngehalten werden.“ in: DBV 1997, S. 3.

Weltmarktes erreicht werden kann. Jedoch ist die Gefahr einer Abhängigkeit gegeben, wenn der Mercosur durch seine privilegierte Stellung bestimmte Märkte monopolisiert.<sup>46</sup> Dies hätte unter Umständen eine politischer Abhängigkeit zur Konsequenz, der nur durch Diversifizierung der Lieferländer begegnet werden kann.

Eine Liberalisierung des Agrarmarktes muß demnach auch Drittländern zugute kommen. Da genügend Anbieter im Agrarsektor auf dem Weltmarkt existieren und die Nachfrage auf verschiedene Anbieter gestreut werden kann (hier ist nicht zuletzt an die USA zu denken, die bereits im Juli 1987 den Vorschlag einer vollständigen Zollreduktion aufgeworfen haben)<sup>47</sup>, wird von deutscher Seite hierin kein Problem gesehen.<sup>48</sup>

2.) Die Sorge um bestehende Umwelt- und Sozialstandards ist ein berechtigtes Anliegen der Gemeinschaft. Eine Liberalisierung des Welthandels und des internationalen Kapitalverkehrs sowie der technologische Fortschritt führen zu einer Steigerung der Leistungsfähigkeit und eröffnen damit weltweit neue Möglichkeiten Schutz der Umwelt oder mehr Verteilungsgerechtigkeit, garantiert sie aber keineswegs automatisch. Um diesen wichtigen Aspekten gerecht zu werden, hat die EU das Allgemeine Präferenzschema im Sinne einer als Anreiz zur Wahrung der internationalen Umwelt- und Sozialnormen konzipierten Sonderregelung reformiert, um die Aufmerksamkeit der Weltgemeinschaft verstärkt auf die sozialen Aspekte der Globalisierung zu lenken.<sup>49</sup> Diesen Schritt begrüßt Deutschland nachdrücklich, da er den Beschlüssen der Weltorganisationen ein stärkeres Gewicht verleiht.

Die EU handelt im Sinne einer Studie der OECD über Zusammenhänge zwischen den grundlegenden Arbeitsnormen und bestimmten Wirtschaftsfaktoren. Ihr zufolge sind die wirtschaftlichen Kosten, die durch eine Nichtanwendung der grundlegenden Arbeitsnormen verursacht werden, aller Wahrscheinlichkeit nach höher als der etwaige kurzfristige Nutzen einer

---

<sup>46</sup> Anregungen für die Argumentationsführung aus Freytag 1995, S. 14-20.

<sup>47</sup> Vgl. Economist 1994, S. 18.

<sup>48</sup> Darüber hinaus muß man feststellen, daß es im Welthandel einseitige Abhängigkeiten nicht gibt. Nahezu sämtliche Volkswirtschaften sind sowohl von Importen als auch von Exporten abhängig. Somit bleibt selbst einem Land, dessen Anbieter eine starke Stellung im Weltmarkt haben, nur geringer Spielraum, die Partner auszubeuten. (Freytag 1995, S. 20) Schließlich ist davon auszugehen, daß in einem erweiterten europäischen Binnenmarkt eine Grundversorgung durch komparative Kostenvorteile der MOE-Länder gewährleisten kann - dies vor allem bei bereinigten (höheren) Weltmarktpreisen und in Anbetracht des sich aus der Integration ergebenden technischen Fortschritts.

<sup>49</sup> Mit Wirkung vom 1.1.1998 können den Ländern auf Antrag zusätzliche Präferenzspannen eingeräumt werden, die die Sozialnormen der IAO-Übereinkommen Nr. 87 und 98 (über die Koalitionsfreiheit und das Recht auf Tarifverhandlungen) sowie Nr. 138 (über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung) einhalten. Die Umweltnormen sehen zum Schutz der Tropenwälder die Förderung einer nachhaltigen Bewirtschaftung des Naturtropenwaldes vor. Sie sind im Umweltbereich bislang auf den Waldaspekt beschränkt. Vgl.: Kommission

Mißachtung der Regelungen. Außerdem mildern die Arbeitsnormen den Druck des Protektionismus und kommen so dem Freihandel zugute.<sup>50</sup>

Die Einrichtung einer Freihandelszone mit den Staaten des Mercosur darf auf gar keinen Fall dazu führen, daß diese Anreize für die betreffenden Staaten verloren gehen - entsprechende, verpflichtende Klauseln müssen als wesentlicher Bestandteil in einen solchen Vertrag aufgenommen werden und durch ein zu diesem Zweck eingerichtetes Gremium überprüft werden können.

3.) Auch die Sorge um stabile Einkommen der in der Landwirtschaft Beschäftigten wird berechtigterweise vorgetragen.<sup>51</sup> Dieses Problem tritt jedoch selbst nach Ansicht der Kommission dann besonders zutage, wenn bei der absolut notwendigen Reform der GAP nicht von den bislang angewandten Instrumenten abgesehen wird.<sup>52</sup> Die hohen finanziellen Aufwendungen stehen in keinem Verhältnis zu dem zu erwartenden Nutzen. Eine Sicherung der Einkommen läßt sich wesentlich effizienter mit alternativen Beschäftigungen erzielen. Zunächst ist davon auszugehen, daß eine Reduktion der Subventionen unmittelbar zu einer Senkung der Preise führen würde, weshalb von einem Rückgang in der Produktion und einer vorübergehenden Freisetzung von Arbeitskräften ausgegangen werden kann. Eine sinkende europäische Produktion hätte dann zur Folge, daß die Weltmarktpreise für landwirtschaftliche Güter, an denen die EU einen signifikanten Anteil hat, steigen würden.<sup>53</sup> Daher ist von einer stärkeren Produktion in den Ländern des Mercosur sowie einem größeren Einkommen auszugehen.

Aber auch Europas Konsumenten würden aus einer solchen Politik zwei direkte Vorteile ziehen: die Konsumentenpreise für Güter würden sinken, und Steuergelder würden gespart bzw. die Steuern gesenkt.<sup>54</sup> Der erhöhte Konsum käme direkt der europäischen Wirtschaft zugute. Der Aufholprozeß des Mercosur gegenüber dem Lebensstandard in der EU würde die Nachfrage anregen, die Wettbewerbsfähigkeit stärken und Arbeitsplätze schaffen. Die Rechte der in der Landwirtschaft Beschäftigten auf Wahrung ihres Besitzstandes werden durch die Rechte der

---

1997a, 1997b.

<sup>50</sup> Vgl. Kommission 1997a, S. 4.

<sup>51</sup> Der landwirtschaftliche Arbeitseinsatz in Europa ist 1996 um durchschnittlich 3,2% (Deutschland -3,8% im Vergleich zu -5,3% in 1995) gesunken. Eurostat 1997.

<sup>52</sup> „Eine Übertragung der GAP würde [...] eine große haushaltsmäßige Belastung bedeuten, in Höhe von schätzungsweise rund 11 Mrd. ECU pro Jahr, davon annähernd zwei Drittel für Direktzahlungen an Landwirte.“ Kommission 1998, S. 10.

<sup>53</sup> Economist 1994, S. 92.

<sup>54</sup> Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß auch die Belieferung der Verbraucher zu angemessenen Preisen in Artikel 39 verankert ist. Der Verweis auf die Vorteile der europäischen Konsumenten scheint dem Verfasser an

Arbeitslosen auf eine Chance relativiert. Politisch und ökonomisch gesehen kann die Industriemacht Europa<sup>55</sup> aus einer Abkehr von der gängigen Praxis der GAP nur Vorteile ziehen. Mit Abschluß der Uruguay-Runde wurde die Notwendigkeit bekundet, die GATT-Regeln auf den Agrarsektor zu übertragen. Die Abschottung nicht konkurrenzfähiger Märkte nach außen steht im Gegensatz zu den Grundsätzen der WTO. Sie ist außerdem in einer immer enger verflochtenen, von Globalisierung geprägten Welt auf Dauer nicht haltbar.<sup>56</sup> Die Anliegen der Mercosur-Staaten und des Bundeswirtschaftsministers Rexrodt decken sich, was die Reform der GAP angeht, auch mit denen der deutschen Industrie.<sup>57</sup>

### III.A.2. Investitionen

Die Privatisierungs- und Liberalisierungsprozesse zu Beginn der 90er Jahre markieren eine Wende in der Entwicklung der Länder des Mercosur. Sie sind die Antwort auf die Notwendigkeit, lokale Wirtschaftsstrukturen zu stabilisieren, Produktions- und Transaktionskosten zu senken sowie Effizienz und Produktivitätszunahmen in einer Region zu fördern, die noch Anfang der 80er Jahren in einer tiefen Krise befanden. Der Öffnungsprozeß fand in einer Zeit statt, als die Wiedervereinigung große Mengen an Kapital in Deutschland gebunden hat und für den Aufbau vor allem der Infrastruktur in Deutschland genutzt wurde.<sup>58</sup>

Das Interesse der deutschen Investoren am Mercosur ist jedoch beträchtlich. Der Gesamtbestand an deutschen Direktinvestitionen in Lateinamerika lag 1995 bei 25,7 Mrd. DM, womit Deutschland der zweitgrößte Investor hinter den USA war. Von den Investitionen gingen zwei Drittel allein nach Brasilien und Argentinien 18,6 Mrd. DM.<sup>59</sup> In Brasilien ist (nach Investitionen

---

dieser Stelle angebracht, da sich die Forderungen EU-Intern durchsetzen müssen.

<sup>55</sup> Es scheint nach dieser Argumentationsführung gerechtfertigt, die Interessen des Handelsstaat Deutschland auf Europa zu übertragen.

<sup>56</sup> Dresdner Bank Lateinamerika, S. 15.

<sup>57</sup> „Die Deutsche Wirtschaft fordert eine rasche Unterzeichnung und Umsetzung der bilateralen Handelsabkommen der EU mit Mexiko und dem Mercosur sowie einen Abbau der EU-Agrarimportbeschränkungen.“ Deklaration von Lima, BDI 1997a. Bundesminister Rexrodt äußerte sich bei der Lateinamerika-Konferenz der Deutschen Wirtschaft in Lima im November 1997 eindeutig: „Die Reform der europäischen Agrarpolitik steht sowieso ganz oben auf der Tagesordnung, schon mit Blick auf die Osterweiterung der EU. Die Assicht auf eine Freihandelszone mit Mercosur und mit Mexiko sollte als zusätzlicher Anreiz verstanden werden.“ Rexrodt 1997, Teil V. Bereits das Lateinamerika-Konzept der Bundesregierung vom 17. Mai 1995 sieht in dem Einsatz für „berechtigte Anliegen der lateinamerikanischen Partner“ innerhalb der Europäischen Union ein „zentrales Aktionsfeld“ ihrer Politik. Bundesregierung 1995, S. 6f.

<sup>58</sup> Der Anteil Lateinamerikas an den Investitionen Deutschlands in Entwicklungsländer betrug 1991 noch über 70%. (Vgl. Schäfer 1994b, S. 235.) 1993 wurden in Osteuropa mehr als doppelt so viele deutsche Direktinvestitionen getätigt als in allen Entwicklungsländern. Tendenziell wird das relative Gewicht Lateinamerikas weiter abnehmen. (Krumwiede/Nolte 1994, S. 20f.)

<sup>59</sup> BDI 1996a, S. 25.

in den USA) der höchste Bestand an außereuropäischen Investitionen vorzufinden.<sup>60</sup> Hier halten deutsche Unternehmen, teilweise in Kooperation mit lateinamerikanischen Partnern, bedeutende Marktanteile. Ein sinkender Marktanteil hätte negative ökonomische Folgen.<sup>61</sup>

Auslandsinvestitionen sind für Deutschland von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit. Mit ihnen werden Märkte neu erschlossen und bereits erschlossene Märkte abgesichert bzw. ausgebaut. Eine schnellere Vertiefung der Beziehungen zwischen der EU und dem Mercosur ist auch deshalb geboten, weil ansonsten die NAFTA und damit die USA, die bereits jetzt über bedeutenden Einfluß verfügen, ihre Rolle weiter zum Nachteil europäischer Interessen ausbauen wird.<sup>62</sup> Für den Zeitraum 1990-1995 sind 25% der ausländischen Direktinvestitionen sind auf die Privatisierungen zurückzuführen.<sup>63</sup> Die große Bedeutung der Privatisierungen liegt vor allem darin, daß es sich bei den Branchen (Verkehr, Telekommunikation, Energie) um hochprofitable Wachstumsbranchen handelt. Bei einer prognostizierten Wachstumsrate für Lateinamerika von 3-4% (ohne Freihandel mit der EU) für die nächsten Jahre wird auch der Bedarf an dieser Art der Infrastruktur steigen.<sup>64</sup>

Wegen der zum Teil strategischen Bedeutung der Privatisierungen in Schlüsselbranchen sollten Projekte zentral erfaßt und mit Ausschreibungsbedingungen veröffentlicht werden. Das deutsche System der Außenwirtschaftsförderung beinhaltet die Außenwirtschaftsinformation über eine zentrale Bundesstelle (BfAI).<sup>65</sup> Eine entsprechende Stelle sollte auf europäischer Ebene entstehen. Sie könnte darüber hinaus - ebenfalls wie die BfAI Geschäftswünsche weiterleiten und so zur Bildung von starken europäischen Konsortien beitragen.<sup>66</sup>

### III.A.3. Technische Standards

Technische Standards können für die Industrie zu einem gravierenden Hemmnis werden. Dies ist besonders beim Mobilfunk zu beachten, wo sich die Unternehmen aus den USA bislang besser plazieren konnten. Die USA verfügen mit dem CITEL, dem Forum zur Festlegung der Standards der Telekommunikationsdienste in Nord-, Mittel- und Südamerika, über ein Gremium, mit dem sie wegen der geringen Möglichkeit europäischer Einflußnahme Standards auf dem Kontinent

---

<sup>60</sup> BDI 1997b, S. 14.

<sup>61</sup> BDI 1996a., S. 14.

<sup>62</sup> Frankfurter Rundschau, 1.11.97.

<sup>63</sup> Der BDI verweist auf IRELA. BDI 1996b, S. 5. Die Zahl bezieht sich auf ganz Lateinamerika. Argentinien und Brasilien können jedoch wegen ihres sehr fortgeschrittenen Privatisierungsprozessen als Hauptempfängerländer angenommen werden. Vgl. dazu: BDI 1997b, S. 12f.

<sup>64</sup> BDI 1996b, S. 18.

<sup>65</sup>

durchsetzen konnten. So bestehen für die europäischen Anbieter keine Möglichkeiten, sich im brasilianischen Mobilfunkmarkt zu beteiligen, da in Europa die standardisierte Technik nicht besteht.<sup>67</sup>

Die Harmonisierung der Standards betreffend besteht nach deutscher Ansicht nur die Möglichkeit der Ex-ante-Harmonisierung, da der Größe des europäischen Marktes entsprechend eine Ausrichtung nach dem Mercosur wenig sinnvoll erscheint.<sup>68</sup> Der Abbau von Handelshemmnissen sollte jedoch unter Beteiligung der Wirtschaft vonstatten gehen. Hier kann eine Idee von BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel aufgegriffen werden, der mit dem Vorschlag, einen permanenten Unternehmerdialog mit Politikerbeteiligung auf EU-Ebene mit den Mercosur-Staaten einzurichten, auf reges Interesse gestoßen ist.<sup>69</sup> Es sollte erwogen werden auf Dauer erwogen werden, den Unternehmerdialog mit dem bestehenden transatlantischen Dialog zu verbinden und die USA wegen ihrer starken Marktpräsenz in diesen Dialog einzubeziehen.

### **III.B. Politische Interessen**

#### **III.B.1. Einbeziehung der USA**

Auf das nordamerikanische Drängen auf eine gesamtamerikanischen Freihandelszone FTAA reagieren die Regierungen der Mercosurländer zunehmend mit Mißtrauen.<sup>70</sup> Sie stehen in ihrer integrationspolitischen Konzeption näher an Europa als an der NAFTA.<sup>71</sup> Außerdem kann der Mercosur ökonomisch von einem Freihandelsabkommen mit der EU mehr Vorteile erwarten als von der FTAA.<sup>72</sup> Diese Fakten dürfen nicht vergessen lassen, daß es zu bedeutenden Handelsverschiebungen kommen könnte, sollte die FTAA vor einem Freihandelsabkommen zwischen der EU und dem Mercosur zustande kommen.<sup>73</sup>

---

<sup>66</sup> Dieser Punkt greift eine

<sup>67</sup> BDI 1997b, S. 8, 14.

<sup>68</sup> Dieser tendenziell protektionistische Vorschlag berücksichtigt die Anliegen der starken Exportwirtschaft Deutschlands. Langhammer 1993, S. 16 bemerkt dazu jedoch: „Somit scheint sich ... das Angleichungsprinzip durchzusetzen. Dies erschwert den Marktzugang für Drittländer, da sie keine Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen nationalen Standards haben. Grundsätzlich besteht also ... in der EG die Neigung, heimische Standards und Normen einseitig auf Produktionsmethoden in Drittländern auszudehnen“.

<sup>69</sup> Ein solcher Dialog (TABD - Trans-Atlantic Business Dialogue) besteht bereits mit Nordamerika. Handelsblatt, 6.11.97.

<sup>70</sup> Bodemer/Nolte 1997, S. 29.

<sup>71</sup> Schirm 1997, S. 80.

<sup>72</sup> Argentinien würde mit 6,71% Zuwachs des BSP am meisten von einer Assoziierung mit der EU profitieren (von der FTAA wären lediglich 0,68% Zuwachs zu erwarten). Obwohl Brasilien mehr von der FTAA gewinnen würde (2,08%) als Argentinien, wäre sein Nutzen aus einer Anbindung an Europa ebenfalls größer (5,05%). Studie der Stiftung Getúlio Vargas, Latin American Weekly Report, 6.5.1997, S. 206, zitiert nach: Bodemer/Nolte 1997, S. 29.

<sup>73</sup> In einer UNCTAD-Studie wird geschätzt, daß durch die auf der Miami-Konferenz 1994 bis zum Jahre 2005

Die Verhandlungen mit dem Mercosur über die Errichtung einer Freihandelszone dürfen nicht vergessen lassen, daß über 80% des Welthandels zwischen den Industriestaaten des Nordens stattfindet. Das bedeutet, daß die Zusammenarbeit über den Nordatlantik hinweg für Deutschland nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich vital bleibt. Ein Freihandelsabkommen muß im Geiste eines offenen Regionalismus abgeschlossen werden. Weiterhin bleibt zu berücksichtigen, daß eine von Deutschland gewünschte Abkehr der gegenwärtigen Agrarpolitik ohne eine vergleichbare Reduktion der Subventionen auch der USA schlecht vorstellbar ist. Für die Bundesrepublik ist daher die Berücksichtigung der Vereinigten Staaten von Amerika von großer Wichtigkeit.<sup>74</sup>

Deutschland fordert daher die USA auf, sich mit konstruktiven Vorschlägen an dem offenen Regionalismus zu beteiligen.

### III.B.2. Politischer Dialog

Die Mercosurländer haben ihrer Rückkehr zur Demokratie ihre Fähigkeit zur inner- und zwischenstaatlichen friedlichen Konfliktregelung vielfach bewiesen. Der zügig voranschreitende Integrationsprozeß im Mercosur ist per se ein Hinweis auf die Dialog- und Integrationsfähigkeit der beteiligten Länder. Argentinien, Brasilien und Uruguay haben sich auch verstärkt an Einsätzen zur Friedenssicherung und Konfliktregelung engagiert, was die Neudefinition der Staaten in der internationalen Politik belegt. Auch was die präferierte innere Ordnung bezüglich der Wahrung der Menschenrechte, der Sicherung einer demokratischen Ordnung und einem marktwirtschaftlichen Ordnungsmodell angeht, zeichnet sich der Mercosur - zumindest im Vergleich zu anderen Entwicklungsregionen - eindeutig aus.<sup>75</sup>

Historisch ist die europäische Integration mit dem Wunsch verbunden, nach der Katastrophe des zweiten Weltkrieges Formen wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit zu entwickeln, in der die gemeinsamen nationalen Interessen nach Sicherung von Demokratie, Frieden, Freiheit,

---

anvisierte gesamtamerikanische Freihandelszone schon 2003 etwa 5,7 Mrd. US\$ europäische und 7,3 Nrd. US\$ ostasiatische Importe in FTAA-Länder auf lateinamerikanische Exporteure umgelenkt werden könnten. Auswärtiges Amt 1997.

<sup>74</sup> Die Errichtung einer „Zone des freien Austausches zwischen Europa, Nord- und Südamerika“ wurde im Oktober 1996 im Rahmen der Lateinamerika-Woche in Köln artikuliert und als im Deutschen Interesse wünschenswert skizziert. Schon heute entfallen auf die EU und die NAFTA zusammen 43% des Welthandels. Unter Einbeziehung Zentraleuropas und Südamerikas könnte der Anteil auf fast 50% steigen. Einem solchen Abkommen wäre neben der ökonomischen auch geostrategische Bedeutung zugekommen. Vgl. Bodemer/Nolte 1997, S. 28.

<sup>75</sup> Durch eine Demokratieklausele im Mercosur-Vertrag (vgl. Agence Europe, 10.04.97) konnte bereits im April 1996 in Paraguay einen von General Oviedo versuchten Staatsstreich gegen Präsident Wasmosy friedlich beilegen. Vgl. Agence Europe, 24.4.96.

wirtschaftlichen Wohlstand und gemeinsamer Macht zusammengeführt werden sollten. Durch eine gegenseitige Abhängigkeit der Partner - und daraus resultierenden gemeinsamen politischen Interessen - wurde aus der Sicherheit voreinander eine Sicherheit miteinander.<sup>76</sup>

Viele der damaligen Herausforderung stellen sich heute unter dem Aspekt der Globalisierung neu. Friedenserhaltung, regionale Stabilität und Themen wie Umwelt, Stärkung des multilateralen Systems müssen in dem Dialog weiter vertieft werden.<sup>77</sup> Sie sind wesentlich für die Sicherheit und die Zukunft der Weltgemeinschaft. Deutschland geht von einer konstruktiven Zusammenarbeit in internationalen Gremien der Vereinten Nationen wie der ILO und der ITTO, aber auch der WTO aus und hofft, daß die Ratifizierung wesentlicher Sozial- und Umweltnormen möglichst bald erfolgen wird. Diese Forderungen stehen in absoluter Übereinstimmung mit der bislang gängigen Praxis der Entwicklungshilfevergabe, die sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene die Bekämpfung der Armut und die nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung fördert.<sup>78</sup>

### III.B.3. Institutioneller Rahmen

Deutschland setzt sich in besonderem Maße für Programme der ILO ein.<sup>79</sup> Es hat ein besonderes Interesse daran, daß diese Bemühungen von seinen Partnern entsprechend gewürdigt werden. Deutschland fordert daher die Einrichtung eines Gremiums zur Kontrolle der Fortschritte in der Umwelt- und Sozialpolitik der Länder des Mercosur. Bis zur tatsächlichen Einführung der Freihandelszone müssen die Normen der Internationalen Arbeiter-Organisation Nr. 87 und 98 über die Koalitionsfreiheit und das Recht auf Tarifverhandlungen sowie Nr. 138 über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung von den nationalen Parlamenten ratifiziert worden sein und Eingang in die nationale Gesetzgebung gefunden haben.<sup>80</sup> Die Anwendung der ITTO-Kriterien für die nachhaltige Waldbewirtschaftung gelten entsprechend.

Sollte sich in den Verhandlungen diese Forderung nicht durchsetzen lassen, verlangt Deutschland die Zuständigkeit des durch Artikel 25 (Rahmenabkommen) bestehenden

---

<sup>76</sup> Vgl. Weidenfeld 1995, S. 9, S. 13f.

<sup>77</sup> Vgl. Marín 1996, S. 100.

<sup>78</sup> Art. 130u-v EG-Vertrag. Im Lateinamerika-Konzept der Bundesregierung (1995) finden diese Ziele ebenfalls ihren Niederschlag, die das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bereits 1992 seinem „Konzept für die Entwicklungszusammenarbeit mit Lateinamerika“ zugrundegelegt hatte. Sangmeister 1996, S. 94.

<sup>79</sup> 1992 konnte aufgrund einer großzügigen Finanzierung durch die Bundesregierung ein Programm der ILO zur Elimination der Kinderarbeit gestartet werden. Vgl. ILO 1997.

<sup>80</sup> Die ILO-Norm Nr. 87 muß von Brasilien und die Norm Nr. 138 von Brasilien und Paraguay ratifiziert werden.

Kooperationsrates für die regelmäßige Überprüfung der Fortschritte in den Bereichen Umwelt und Soziales.

## **IV. Fazit**

### **Deutschland fordert**

#### **1. Freihandel**

- Eine Liberalisierung der Handelsbeziehungen ist für Europa wegen der gewaltigen Partizipationsmöglichkeiten an dem Wachstumsmarkt Mercosur besonders reizvoll

#### **2. Eine Reform der GAP**

- Die GAP ist nicht mehr zu finanzieren.
- Die GAP muß ohnehin wegen der anstehenden Osterweiterung reformiert werden.
- Eine stärkeren Produktion in den Ländern des Mercosur hat ein größeren Einkommen in den Ländern zur Folge. Damit wird die Demokratie gesichert.
- In Europa die sinken die Preise für die Konsumenten für Güter aus der Landwirtschaft.
- Steuergelder würden gespart bzw. die Steuern gesenkt.
- Der erhöhte Konsum käme direkt der europäischen Wirtschaft zugute.
- Der Aufholprozeß des Mercosur gegenüber dem Lebensstandard in der EU würde die Nachfrage anregen, die Wettbewerbsfähigkeit stärken und Arbeitsplätze schaffen.
- Die Rechte der in der Landwirtschaft Beschäftigten auf Wahrung ihres Besitzstandes werden durch die Rechte der Arbeitslosen auf eine Chance relativiert.
- Eine Liberalisierung der Agrarmärkte muß auch Drittländern zugute kommen.

#### **3. Umwelt- und Sozialnormen**

- Deutschland besteht auf der Umsetzung von wichtigen Umwelt- und Sozialnormen
- Bis zur tatsächlichen Einführung der Freihandelszone müssen die Normen der Internationalen Arbeiter-Organisation Nr. 87 und 98 über die Koalitionsfreiheit und das Recht auf Tarifverhandlungen sowie Nr. 138 über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung von den nationalen Parlamenten ratifiziert worden sein und Eingang in die nationale Gesetzgebung gefunden haben. Die Anwendung der ITTO-Kriterien für die nachhaltige Waldbewirtschaftung gelten entsprechend.
- Die wirtschaftlichen Kosten, die durch eine Nichtanwendung der grundlegenden Arbeitsnormen verursacht werden, sind höher als der etwaige kurzfristige Nutzen einer Mißachtung der Regelungen.
- Die Arbeitsnormen mildern den Druck des Protektionismus und kommen so dem Freihandel zugute.

#### **4. Den Schutz der Investitionen**

- Wegen der zum Teil strategischen Bedeutung der Privatisierungen in Schlüsselbranchen sollten Projekte zentral erfaßt und mit Ausschreibungsbedingungen veröffentlicht werden.

#### **5. Technische Standards**

- Die Harmonisierung der Standards betreffend besteht nach deutscher Ansicht nur die Möglichkeit der Ex-ante-Harmonisierung

#### **6. Politischer Dialog**

- Die Mercosurländer haben ihrer Rückkehr zur Demokratie ihre Fähigkeit zur inner- und zwischenstaatlichen friedlichen Konfliktregelung vielfach bewiesen.
- Die gemeinsamen nationalen Interessen nach Sicherung von Demokratie, Frieden, Freiheit, wirtschaftlichen Wohlstand und gemeinsamer Macht sollten zusammengeführt werden.
- Viele Herausforderung stellen sich heute unter dem Aspekt der Globalisierung. Friedenserhaltung, regionale Stabilität und Themen wie Umwelt, Stärkung des multilateralen Systems müssen in dem Dialog weiter vertieft werden. Sie sind wesentlich für die Sicherheit und die Zukunft der Weltgemeinschaft.

#### **7. Der Institutionelle Rahmen**

- Deutschland fordert die Einrichtung eines Gremiums zur Kontrolle der Fortschritte in der Umwelt- und Sozialpolitik der Länder des Mercosur.
- Sollte sich in den Verhandlungen diese Forderung nicht durchsetzen lassen, verlangt Deutschland die Zuständigkeit des durch Artikel 25 (Rahmenabkommen) bestehenden Kooperationsrates für die regelmäßige Überprüfung der Fortschritte in den Bereichen Umwelt und Soziales.

#### **8. Die Interessen der USA sollten berücksichtigt werden**

- Die Zusammenarbeit über den Nordatlantik hinweg ist für Deutschland nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich vital bleibt.
- Eine von Deutschland gewünschte Abkehr der gegenwärtigen Agrarpolitik ohne eine vergleichbare Reduktion der Subventionen auch der USA ist unvorstellbar.

## V. Literatur

Agence Europe vom 24.04.96  
10.04.97

- Aldecoa Luzarraga, Francisco (1995), El acuerdo entre la Union Europea y el Mercosur en el marco de la intensificación de relaciones entre Europa y America Latina, in: Revista de Instituciones Europeas (RIE), Vol. 22/3, September 1995, S. 761-792.
- Asmus, Ronald D. (1992), Deutschland im Übergang. Nationales Selbstvertrauen und internationale Zurückhaltung, in: Europa-Archiv 8, S. 199-211.
- Auswärtiges Amt (1997), Der MERCOSUR - ein gemeinsamer Markt des Südens?, verfaßt von Georg Boomgarden, Internet: [http://www.auswaertiges-amt.government.de/3\\_auspol/2/3-2-6c.htm](http://www.auswaertiges-amt.government.de/3_auspol/2/3-2-6c.htm).
- Auswärtiges Amt (1998a), Warum will Deutschland einen ständigen Sitz?, Internet: [http://www.auswaertiges-amt.government.de/3\\_auspol/3/3-3-3b.htm](http://www.auswaertiges-amt.government.de/3_auspol/3/3-3-3b.htm).
- BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie) (1996a), Lateinamerika im Aufbruch. Lateinamerika-Konferenz der deutschen Wirtschaft am 10./11. Oktober 1996 in Köln. Ergebnisse - Hintergrund - Zahlen, Köln.
- BDI (1996b), Der Privatisierungsprozeß in Lateinamerika. Die Rolle der deutschen Industrie. Diskussionspapier, Köln.
- BDI (1997a), Rundschreiben zur Lateinamerika-Konferenz (IM 209/97) vom 28.11.97, Köln.
- BDI (1997b), Der Privatisierungsprozeß in ausgewählten Branchen und Ländern Lateinamerikas. Chancen für die deutsche Wirtschaft. Positionspapier, Köln.
- Birstiel, Ekkehard (1982), Theorie und Politik des Außenhandels, Stuttgart u.a..
- Bodemer, Klaus / Nolte, Detlef (1997), Auf dem Weg zu einem Transatlantischen Dreieck? Neue Akzentsetzungen in der deutschen, europäischen und US-amerikanischen Lateinamerikapolitik in den 90er Jahren, in: Institut für Iberoamerika-Kunde, Lateinamerika. Analysen, Daten Dokumentation Nr. 33, Hamburg.
- Bundesministerium der Verteidigung (1994), Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, Bonn.
- Bundesregierung, Presse- und Informationsamt der (1995), Lateinamerika-Konzept der Bundesregierung vom 17.5.1995, Bonn.
- DBV (Deutscher Bauernverband) (1997), Situationsbericht 1998. Trends und Fakten zur wirtschaftlichen Lage der deutschen Landwirtschaft, Bonn.
- Dresdner Bank Lateinamerika (1997), Der Mercosur als Partner der Europäischen Union, in: Kurzbericht über Lateinamerika (November), Hamburg, S. 12-20.
- Economist Intelligence Unit (1994), The EIU guide to the new GATT. Research Report, London.
- EUROSTAT (1997), Statistik kurzgefaßt - Landwirtschaft Nr. 9/97. Entwicklung des landwirtschaftlichen Arbeitseinsatzes in der Europäischen Union, Internet: <http://europa.eu.int/en/comm/eurostat/compres/de/3697/6503697d.htm>.
- Freytag, Andreas (1995), Die strategische Handels- und Industriepolitik der EG. Eine politökonomische Analyse (Untersuchungen zur Wirtschaftspolitik 99), Köln.

- Hacke, Christian (1991), Die Rolle der Bundesrepublik Deutschland zwischen Ost und West. Von der Tyrannei der Wahl zur glücklichen Krise, in: Bracher, Karl-Dietrich / Funke, Manfred / Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.), Deutschland zwischen Krieg und Frieden. Beiträge zur Politik und Kultur im 20. Jahrhundert, Festschrift für Hans-Adolf Jacobsen, Düsseldorf.
- Hacke, Christian (1997), Die Bedeutung des nationalen Interesses für die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1-2/97, S. 3-14.
- Handelsblatt, Der Subkontinent fordert heraus, 6.11.97, S. 10.
- Herzog, Roman (1995), Die Globalisierung der deutschen Außenpolitik ist unvermeidlich, in: Bulletin Nr. 20 vom 15.3.1995, S. 161-165.
- ILO (International Labour Organization) (1997), Address by Mr. Michel Hansenne, Director-General, International Labour Office, at the Parliamentary Assembly of the Council of Europe (26.6.1997), Internet: [http://www.ilo.org/public/english/235press/speeches/26\\_june.htm](http://www.ilo.org/public/english/235press/speeches/26_june.htm).
- IRELA (1996), The European Union and the Rio Group. The Biregional Agenda 1990-1995, Madrid.
- IRELA (1997), Mercosur: Prospects for an Emerging Block, Nr. 61 (August), Madrid.
- Kinkel, Klaus (1997), Verantwortungspolitik für Künftige Generationen! Rede des Bundesministers des Auswärtigen Dr. Klaus Kinkel vor der 52. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York am 24.9.1997, Internet: [http://www.auswaertigesamt.government.de/6\\_archiv/2/r/R970924.html](http://www.auswaertigesamt.government.de/6_archiv/2/r/R970924.html).
- Kommission der Europäischen Gemeinschaft (1997a), Zusammenfassung der Untersuchungen von OECD, IAO und WTO über den Zusammenhang zwischen Welthandel und Sozialnormen; Zusammenfassung der im Rahmen des ITTO, der OECD und der WTO durchgeführten Arbeiten zur Wechselbeziehung zwischen internationalem Handel und Umweltschutz, KOM (97) 260 endg., 2.6.97.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaft (1997b), Verordnung über die Anwendung der als Anreiz konzipierten Sonderregelungen zum Schutz der Arbeitnehmerrechte und zum Schutz der Umwelt, KOM (97) 534 endg., 29.10.97.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaft (1997c), „Agenda 2000“ - Landwirtschaft. Kurzfassung, Internet: [http://europa.eu.inf/en/comm/dg06/ag2000/sum/sum\\_de.htm](http://europa.eu.inf/en/comm/dg06/ag2000/sum/sum_de.htm).
- Kommission der Europäischen Gemeinschaft (1998), Band II. Auswirkungen einer EU-Mitgliedschaft der beitragswilligen Länder Mittel- und Osteuropas auf die Politiken der EU (Wirkungsanalyse), Internet: <http://europa.eu.inf/comm/dg1a/agenda2000/dwn/impact/impact-de.zip>.
- Krugman, Paul (1997), What Should Trade Negotiators Negotiate About?, in: Journal of Economic Literature, Vol. XXXV (März 1997), S. 113-120.
- Krumwiede, Heinrich-W. / Nolte, Detlef (1994a), Welche Lateinamerikapolitik entspricht deutschen Interessen?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 4-5/94, S. 3-10.
- Krumwiede, Heinrich-W. / Nolte, Detlef (1994b), Perspektiven einer Lateinamerikapolitik Deutschlands als Handelsstaat und Zivilmacht, in: Institut für Iberoamerikakunde (Hrsg.), Lateinamerika Jahrbuch 1994, Frankfurt a. M., S. 9-44.

- Langhammer, Rolf J. (1993), Die Handelspolitik der EG nach 1992. Die „Integrationsdividende“ in Gefahr, Kieler Diskussionsbeiträge 214, August 1993, Kiel.
- Leicht, Robert (1997), Die Gedanken sind frei, in: Die Zeit Nr.30 (18.7.1997), S. 4.
- Marín, Manuel (1996), Redemanuskript des Vizepräsidenten der Europäischen Kommission vor der Lateinamerika-Konferenz der deutschen Wirtschaft, in: BDI (1996), Lateinamerika im Aufbruch. Lateinamerika-Konferenz der Deutschen Wirtschaft am 10./11. Oktober 1996 in Köln. Ergebnisse - Hintergrund - Zahlen, Köln, S. 96-104.
- Mauß, Hanns W. (1993), Zivilmacht Bundesrepublik? Das neue Deutschland in der internationalen Politik. Ein „Blätter“-Gespräch mit Hanns W. Mauß, in: Blätter für Internationale Politik, S. 934-948.
- Mercopatenariat (1998), Mercosur Food Agro Industries, Internet: <http://www.mercopatenariat.org/ingles/agro.htm>.
- Mols, Manfred (1994), Struktur und künftiges Interessenprofil einer deutschen Lateinamerikapolitik, in: Mols, Manfred / Wagner, Christoph (Hrsg.), Deutschland - Lateinamerika: Geschichte, Gegenwart und Perspektiven, Frankfurt a. M., S. 379-422.
- Mols, Manfred (1996), Lateinamerika und Asien. Ein neues Beziehungsmuster in der internationalen Politik?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48-49/96, S. 12-18.
- Rexrodt, Günter (1997), Ansprache anlässlich der Eröffnung der Lateinamerika-Konferenz der Deutschen Wirtschaft am 5. November 1997 in Lima, Peru, in: BDI, Rundschreiben zur Lateinamerika-Konferenz (IM 209/97) vom 28.11.97, Anlage 3.
- Rose, Klaus (1995), Theorie der Außenwirtschaft, München (12. Auflage).
- Sachverständigenrat (1997), Eckdaten aus dem Jahresgutachten 1997/98 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. Nov. 1997. Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland, Internet: <http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/jg97/progtab.htm>.
- Sangmeister, Hartmut (1996), Ist die Entwicklungszusammenarbeit mit Lateinamerika noch zeitgemäß?, in: Institut für Iberoamerikakunde (Hrsg.), Lateinamerika Jahrbuch 1996, Frankfurt a. M., S. 92-120.
- Schäfer, Alexander (1994a), Die deutsch-lateinamerikanischen Beziehungen im Rahmen der EG-Politik, in: Mols, Manfred / Wagner, Christoph (Hrsg.), Deutschland - Lateinamerika: Geschichte, Gegenwart und Perspektiven, Frankfurt a. M., S. 319-378.
- Schäfer, Alexander (1994b), Die wirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Lateinamerika, in: Mols, Manfred / Wagner, Christoph (Hrsg.), Deutschland - Lateinamerika: Geschichte, Gegenwart und Perspektiven, Frankfurt a. M., S. 229-287.
- Schirm, Stefan A. (1997), Kooperation in den Amerikas. NAFTA, MERCOSUR und die neue Dynamik regionaler Zusammenarbeit (Aktuelle Materialien zur Internationalen Politik, Bd. 46), Baden-Baden.
- Statistisches Bundesamt (1997), Statistisches Jahrbuch für das Ausland, Wiesbaden 1997.
- Stihl, Hans Peter (1997), Die EU muß zum Mercosur engere Beziehungen aufnehmen, in: Frankfurter Rundschau, 1.11.97.
- Weidenfeld, Werner (1995), Europäische Einigung im historischen Überblick, in: Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang (Hrsg.), Europa von A-Z. Taschenbuch der europäischen

Integration, 4. Auflage (Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung), S. 9-62.

Werz, Nikolaus (1995), Auswärtige Kulturpolitik und die kulturelle Präsenz Lateinamerikas in Deutschland, in: Institut für Iberoamerikakunde (Hrsg.), Lateinamerika Jahrbuch 1995, Frankfurt a. M., S. 48-69.